

Das Herrenhaus und die Geschäftsordnung.

Den ganzen gestrigen Tag über wurde im Herrenhause über die vom Abgeordnetenhaus beschlossene neue Geschäftsordnung beraten; am Vormittag waren die Exekutivkomitees der Verfassungspartei und der Mittelpartei versammelt, nachmittags traten die Gruppen selbst zu längerwährenden Sitzungen zusammen. Das Ergebnis ist, daß in der heutigen Sitzung der Aairskammer nur die Kommission für die Beratung der vom Abgeordnetenhaus überstellten Geschäftsordnung gewählt, letztere aber nicht im kürzesten Wege erledigt wird. Die beiden Gruppen stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß die vorliegende Geschäftsordnung einer eingehenden Prüfung bedürfe, daß untersucht werden müsse, inwiefern sie dem Programm dieser Gruppen entspreche. Fürst Fürstenberg und Eblen v. Plener namens der Verfassungspartei und Graf Erwein Mostik und Freiherr v. Czedit informierten den Ministerpräsidenten über den Verlauf der Beratungen. Gegenüber dem Wunsche des Abgeordnetenhauses nach rascher Erledigung wird betont, daß das Volkshaus, wenn es ihm um die Erhaltung des Parlaments ernstlich zu tun ist, diesen Willen auch unter der alten Geschäftsordnung betätigen könne. Wie viel Zeit die Kommission des Herrenhauses, die heute gewählt wird und sich nachmittags konstituiert, zur Erledigung der Geschäftsordnung des Volkshauses beanspruchen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen, aber es besteht das Bestreben, die Frage im Einklang mit dem Abgeordnetenhaus zu erledigen, da das Herrenhaus ja in dieser Angelegenheit keine oppositionelle Stellung einnimmt, sondern den aufrichtigen Wunsch, dem Volkshause taugliche Bürgschaften für eine gedeihliche Tätigkeit zu schaffen.

Die Beratungen der Gruppen.

Verfassungspartei.

Gestern nachmittag trat unter Vorsitz ihres Obmannes Fürsten Max Egon Fürstenberg die Gruppe der Verfassungspartei zu einer Beratung zusammen, die der Geschäftsordnungsreform galt. Die Debatte in der außerordentlich gut besuchten Versammlung — es waren gegen 40 Mitglieder anwesend — war eine sehr lebhaft. Es überwog die Anschauung, daß in das Gesetz über die Geschäftsordnung die Bestimmung auf Festlegung der deutschen Sprache als Parlamentssprache aufgenommen werden solle. Auch ein diesbezüglicher Antrag wurde gestellt, doch gelangte dieser noch nicht zur Annahme. Ueber einstimmend wurde an dem vom Abgeordnetenhaus angenommenen Antrag Franta betreffend die Protokollierung nichtdeutscher Reden scharfe Kritik geübt. Dieser Antrag stehe mit dem bisherigen Gebrauch in Widerspruch und verstoße auch gegen die Verfassungsmäßigkeit. Durch die Annahme

des Antrages Franta sei die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gefährdet, da die Vielsprachigkeit des Protokolls die Situation nur erschweren kann. Im übrigen, so wurde allgemein hervorgehoben, müsse die Situation auf das sorgfältigste erwogen und geprüft werden. Die zutage getretenen Anschauungen waren durchaus einmütig.

Mittelpartei.

Gleichzeitig hielt auch die Mittelpartei des Herrenhauses unter Vorsitz ihres Obmannes Freiherrn v. Czedit eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Auch hier war die Debatte eine sehr eingehende und lebhaft, wenn auch die Anschauungen über die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Reform der Geschäftsordnung geteilt waren. Einmütigkeit herrschte in bezug auf ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit mit der Verfassungspartei. In der Debatte sprachen unter andern Dr. Klein, Wladimir Freiherr v. Beck und Dr. Pattai. Es wurde allgemein hervorgehoben, daß dem Programm der Partei entsprechend, die deutsche Sprache die Parlamentssprache sein müsse. Andererseits müsse aber alles getan werden, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments nicht zu stören. Der Standpunkt der Partei solle in der Frage der Geschäftsordnung entweder in einer Resolution oder in einer authentischen Interpretation im Kommissionsbericht zum Ausdruck gelangen. Außerdem müsse betont werden, daß es sich beim Antrage Franta nur um die Aufnahme von nichtdeutschen Reden ins Protokoll handle und nicht etwa um Gesetzesanträge; solche dürfen auch fernerhin nur in deutscher Sprache in beiden Häusern des Reichsrates eingebracht werden. In diesem Sinne würden auch die von der Partei in die Spezialkommission zu entsendenden Mitglieder Dr. Klein und Dr. Weiskirchner sich verhalten.

Freiherr v. Czedit und Graf Erwein Mostik hatten wiederholt Konferenzen mit den führenden Mitgliedern der Verfassungspartei, um ein einheitliches Vorgehen in der Angelegenheit zu beobachten.

* * *

Im Laufe des gestrigen Tages haben die Abgeordneten Hummer, Dr. Steinwender und Dr. Stölzel wiederholt mit führenden Mitgliedern des Herrenhauses konferiert und auch mit dem Ministerpräsidenten Graf Lam-Martiniß in der Frage der Geschäftsordnungsreform Besprechungen abgehalten.